

Statement des Forum Islam Berlin zum 15. März –

Internationaler Tag gegen Islamfeindlichkeit

Am 15. März wird in Berlin erstmals der Internationale Tag gegen Islamfeindlichkeit begangen. Dieser Tag macht sichtbar, was für viele Muslim*innen und Menschen, die als muslimisch wahrgenommen werden, längst Alltag ist: Antimuslimischer Rassismus ist auch in Berlin Realität.

Zahlreiche Studien, Umfragen und Dokumentationen belegen das Ausmaß. Allein in Berlin registrierte CLAIM für das Jahr 2024 einen Anstieg antimuslimischer Vorfälle um rund 70 Prozent. Auch bundesweit steigen die Zahlen von Diskriminierungen, Bedrohungen und Gewalttaten gegen Muslim*innen. Besonders betroffen sind Frauen – insbesondere Frauen, die ein Kopftuch tragen.

Der 15. März wurde von der UN-Vollversammlung als Internationaler Tag zur Bekämpfung von Islamfeindlichkeit anerkannt. Er erinnert an den rechtsterroristischen Anschlag von Christchurch im Jahr 2019, bei dem ein Attentäter 51 Menschen in zwei Moscheen ermordete.

Doch wir müssen nicht nur ins Ausland blicken. Auch in Deutschland hat antimuslimischer Rassismus immer wieder tödliche Konsequenzen.

Wir erinnern an **Marwa El-Sherbini**, die am 1. Juli 2009 im Dresdner Landgericht ermordet wurde, nachdem sie sich juristisch gegen antimuslimisch-rassistische Beleidigungen gewehrt hatte.

Wir erinnern an den rassistisch motivierten **Anschlag am Olympia-Einkaufszentrum in München** im Jahr 2016, der sich gezielt gegen Menschen richtete, die der Täter als muslimisch oder migrantisch wahrnahm.

Wir erinnern an **Hanau**. Beim rechtsextremen Anschlag im Februar 2020 wurden neun Menschen aus antimuslimisch-rassistischen und antiziganistischen Motiven ermordet. Und wir erinnern zuletzt an **Rahma**. Ihre Ermordung im Juli 2025 in Hannover hat erneut gezeigt, wie lebensbedrohlich antimuslimischer Rassismus sein kann – insbesondere für sichtbar muslimische Frauen.

Diese Taten stehen nicht isoliert. Sie sind die extremen Ausprägungen eines Phänomens, das viele Menschen tagtäglich erleben: Beleidigungen, Ausgrenzung und Diskriminierung – in der Schule, am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt oder im öffentlichen Raum.

Antimuslimischer Rassismus ist kein Randphänomen. Er zeigt sich in gesellschaftlichen Debatten, prägt mediale Bilder und findet sich auch in institutionellen Strukturen wieder. Dadurch entsteht ein Klima, in dem Diskriminierung verharmlost und Gewalt begünstigt wird. Oft beginnt es mit einem abwertenden Kommentar oder einer pauschalen Zuschreibung – und endet im schlimmsten Fall in Gewalt.

Gedenk- und Aktionstage wie der 15. März oder der bundesweite Aktionstag gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli – im Gedenken an Marwa El-Sherbini – sind deshalb wichtig. Sie schaffen Aufmerksamkeit und erinnern daran, dass antimuslimischer Rassismus ernst genommen werden muss.

Gleichzeitig darf es nicht beim Gedenken bleiben. Es braucht konkrete politische Maßnahmen und langfristige Strategien.

Die Mitglieder des Forum Islam fordern deshalb:

- **Eine dauerhaft finanzierte, communitybasierte und einheitliche Erfassung antimuslimischer Vorfälle.**
Antimuslimischer Rassismus muss sichtbar gemacht werden. Dafür braucht es unabhängige Strukturen zur Dokumentation sowie eine klare politische und gesellschaftliche Anerkennung dieser Vorfälle.
- **Etablierung von Community-basierte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene**
Menschen, die antimuslimischen Rassismus erleben, brauchen niedrigschwellige Beratungsstellen, Schutzräume und Zugang zu rechtlichen Diskriminierungs- und Gewaltopferschutz.
- **Sensibilisierung in Schulen, Behörden und Sicherheitsinstitutionen.**
Antimuslimischer Rassismus muss als eigenständige Form von Rassismus erkannt werden. Er darf nicht pauschal unter Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit oder Ausländerfeindlichkeit subsumiert werden. Dafür braucht es Fortbildungen und Sensibilisierung zu Erscheinungsformen und Indikatoren antimuslimischen Rassismus.

- **Verantwortung im medialen und politischen Diskurs.**
Medien, Politik und staatliche Institutionen tragen Verantwortung dafür, antimuslimische Narrative nicht zu reproduzieren. Berichterstattung und sicherheitspolitische Debatten müssen differenziert, faktenbasiert und ohne pauschale Täterzuschreibungen geführt werden.
- **Eine klare politische Haltung gegen antimuslimisch-rassistische Hetze und Ausgrenzung.**
Antimuslimischer Rassismus findet immer wieder Raum in öffentlichen und politischen Debatten. Dem muss konsequent widersprochen werden. Solidarität mit Betroffenen darf keine Floskel bleiben.

Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus ist ein Kampf für Menschenrechte, für den Schutz von Betroffenen und die Bewahrung unserer demokratischen Grundwerte.

Der 15. März erinnert uns daran – und er mahnt, dass diesem Anspruch auch politisches Handeln folgen muss.

Als Forum Islam Berlin stehen wir bereit, diesen Prozess gemeinsam mit Politik und Zivilgesellschaft voranzubringen.